

Erscheint wöchentlich
einmal: Freitag.
Kategorie: Die fünfgepaltene
Beitragzahl 40 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1.- Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreislifte.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 34

Berlin, den 23. August 1912

23. Jahrg.

Fernsprech-Amt
Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223,
Geldsendungen an W. Rielke, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech-Amt
Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Die wahrheitsliebenden Christen.
— Handwerkerschutz und Bodenrecht. — Reichskonferenz
liberaler Arbeiter. — Das Holzgewerbe im ersten Halbjahr
1912. — Wilhelm Angeloh und der Holzarbeiterstreik in
Bremerhaven. — Ein ernstes Wort zur Agitation in den
Ortsvereinen. — Geldentaten der Genossen. — Die Deutschen
Gewerkschaften (S.-D.) im Situm des öffentlichen Lebens. —
Rundschau: Eine Konferenz der Zentralvorstände. Die
Rechnungskunst unserer Tischlermeister. Den Rekord ge-
schlagen. Ein spaziger Vorfall. — Forstarbeiter. — Aus
den Ortsvereinen: Selsenkirchen. Schwelm. Striegau. —
Tarifveränderungen. — Lohnbewegung. — Briefkasten. —
Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Die wahrheitsliebenden Christen.

Das öffentliche Leben spielt sich nicht in der
Weise ab, wie sich das mancher mit spießbürgerlichen An-
sichten vorstellt. Es wird da oft gehauen und gestochen,
wenn auch nur mit Worten, und dabei es geht logischer-
weise auch manchmal etwas berber zu. An dieses Tun
und Treiben gewöhnt sich jeder, der nur halbwegs die
Verhältnisse kennt. Etwas anderes ist es aber, wenn
bei diesem Kampf der Anschauungen, der Prinzipien,
der Gegner mit schmutzigen Waffen kämpft. Wer
einigermassen auf Anständigkeit der Gesinnung hält,
achtet auch den Gegner und gibt der Wahrheit die
Ehre. Diese Anständigkeit und Wahrheitsliebe sollte
man bei denen, die sich für christlich nennen, natürlich
doppelt voraussetzen. Leider trifft dieses nicht zu, und
wir waren schon öfters genötigt auf die Doppeltzüngigkeit
der Herren aus dem christlichen Gewerkschaftslager hin-
zuweisen, zuletzt in unserer Nr. 32.

Nun kommt uns ein Flugblatt zu Gesicht, das den
schönen Titel trägt: „Die Hirsch-Dunderschen
Gewerkschaften am Beweisen.“ Da
aber, wie bekannt, von einzelnen Personen ein freund-
nachbarliches Verhältnis zwischen den deutschen Ge-
werkschaften und den christlichen Gewerkschaften an-
gestrebt wird, das ja auch schon bei den Metall-
arbeiterorganisationen dieser beiden Richtungen zu
einem schriftlich fixierten Vertrag führte, wird das
Flugblatt nicht wie sonst herausgegeben, sondern als
Material für die Vertrauensmänner
bezeichnet. Es wird auch nicht von der Hauptleitung
herausgegeben, sondern angeblich vom christlichen Ge-
werkschaftskomitee Düsseldorf. Diese Annahme dürfte
sich jedoch sofort als irrig erweisen, wenn man weiß,
daß dieses Flugblatt im ganzen Reich und nicht nur
für den Düsseldorfer Bezirk verbreitet wurde.

Nun zu dem Flugblatt selbst, das in seinem ersten
Teil auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften
eingeht, dabei auf den Rückgang der Mitglieder hin-
weist und sagt, die Gewerkschaften sind von 122571
auf 107743 gewachsen. Obwohl den Herren dieses
erbärmlichen Nachwerks bekannt ist, daß dieser Rück-
gang der Mitgliederziffer auf den Austritt des Vereins
deutscher Kaufleute im vorigen Jahr mit rund 18000
Mitgliedern zurückzuführen ist. Das Korrespondenz-
blatt der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist
wenigstens so ehrlich, dieses seinen Lesern mitzuteilen,
ja selbst der „Vorwärts“, der für uns gewiß
nichts übrig hat und dessen geringe Objektivität be-
kannt ist, gibt diesen Umstand als Grund für den
Rückgang dieser Mitgliederzahlen an. Die „Christ-
lichen“ haben dieses nicht notwendig, sondern bei
diesen Herren wird frisch, fromm und frei darauf los
gelogen und die Tatsachen unterschlagen. Solches
Gebahren kennzeichnet den Gegner, und der Edel, sich
mit solchem Gesindel herumhauen zu müssen, erfährt
jeden anständigen Menschen.

Der zweite Teil des tendenziös aufgebauchten
Lügenworts beschäftigt sich wieder einmal mit der reli-
giösen und politischen Neutralität der Hirsch-Dunderschen
Gewerkschaften. Vor allem wird wieder den Gewerks-
vereinen Religionshass und Bekämpfung des Christen-
tums vorgeworfen. Zum Beweis dieser Behauptung
wird auf eine im Ortsverband Chemnitz angenommene
Resolution hingewiesen, die nach einem Vortrag über
das sächsische Volksschulgesetz angenommen wurde. Nun
unseren Kollegen die Geschäftskunde dieser Resolution
zu zeigen, wollen wir dieselbe hier zum Abdruck
bringen. Diese Resolution lautet:

„Der Ortsverband der Deutschen Gewerkschaften
zu Chemnitz erklärt sein Einverständnis mit den
Reformforderungen der sächsischen Lehrerschaft und
der fortschrittlichen Bevölkerung an ein neues Volkss-
schulgesetz. Insbesondere bittet er, die Einfüh-

der allgemeinen Volksschule, die Unentgeltlichkeit des
Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und die Re-
form des Religionsunterrichts im Sinne der Zwischauer
Thesen zu beschließen.“

Also diese Resolution, die vor allem Vergünstigungen
für die Arbeiterschaft in der Unentgeltlichkeit des Unter-
richts und der Lehr- und Lernmittel fordert, verletzt
die religiöse Neutralität. Wir sind überzeugt, daß auch
der größte Teil der christlich organisierten Arbeiter für
diese Forderungen eintreten würde. Da wäre es natür-
lich richtig, — für die Gewerkschaften soll es eine Ver-
letzung der religiösen Neutralität bedeuten. So, ja,
die Heuchelei und Unwahrhaftigkeit kennt bei den
Christen keine Grenzen. Zur besseren Bekräftigung
ihrer Behauptungen wird dann noch ein Artikel im
„Mitteldeutschen Kurier“, der die Gewerks-
vereine nicht angibt, herangezogen. Der Artikel war
„Sunter und Pfaffen“ betitelt und hat mit den An-
sichten der Gewerkschaften nichts zu schaffen. Beim
objektiven Durchlesen des betreffenden Artikels wird jeder
Unparteiische aber auch da herausfinden, daß darin die
christliche Geistlichkeit als etwas für unser Volk Not-
wendiges, Hohes, Ideales und Erzieherisches dar-
gestellt ist, das nichts zu tun hat mit der Verurteilung
des Pfaffenstums, d. h. mit denen, die nur den Priester-
rod tragen, ihre Kirchengemeinde und das Volk ausnutzen
für ihre Sonderbestrebungen, die mit ihrem Amt und
der Religion nicht das geringste gemein haben, die
also ihr Amt mißbrauchen. Das wird natürlich von
den edlen Christen unterschlagen.

Dann wird noch auf einen Aufruf des Ortsver-
bandsvorsitzenden bei der Reichstagswahl in
Schweidnitz hingewiesen, der sich gegen den blau-
schwarzen Bloß wendete. Als die gesamte christliche
Gewerkschaftspresse die Laten dieses Bloßes verteidigte
und so für denselben die eifrigste Propaganda machte,
war es selbstverständlich keine Neutralitätsverletzung.

So wie in diesem Falle hat diese Gesellschaft, die
mit dem Namen Christentum so oft Schindluder ge-
trieben hat, immer gehandelt. Wer noch auf Wahrheit
und Ehrlichkeit hält, rückt weit ab von solchen Menschen,
denen die Verleumdung anderer zur zweiten Natur
geworden ist.

Handwerkerschutz und Bodenrecht.

Wiederum hat eine große Baufirma Berlins Pleite
gemacht und wieder werden die Bauhandwerker die
Hauptleidtragenden sein. Es heißt, daß der Krach der
Firma Kurt Berndt den Handwerkern einen Verlust
von etwa zwei Millionen Mark bringen würde. Was
das für Tausende von ehrlichen Arbeitern zu bedeuten
hat, braucht hier nicht erst auseinandergelegt zu werden.

Selbstfalls ist es aber ebenso lehrreich als interessant,
zu sehen, daß gerade jetzt, wo Berlin mitten in einer
gewaltigen Häuser- und Bautrisis brin steht, diejenigen
Elemente, die am ersten berufen wären, die Interessen
des Handwerkes zu schützen, Resolutionen annehmen,
die sich gegen die Einführung des zweiten, vielum-
strittenen Teiles des Gesetzes über die Sicherung der
Bauforderungen richten. Es handelt sich um den Ver-
band der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten,
dem 478 Mitglieder angehören. Nachdem eine Um-
frage ergeben hatte, daß 153 Mitglieder für, 167 gegen
die Einführung des zweiten Teiles sind, während 50
unenntschieden waren, ist schließlich mit großer Majorität
der ominöse Beschluß gefaßt worden.

Von ganz besonderer Bedeutung wird dieser Be-
schluß, wenn man erfährt, daß sich soeben ein Zu-
sammenkunft dreier, dem Berliner Baumarkt nahe-
stehender Institutionen vollzogen hat, nämlich des
„Schutzverbandes Berliner Bauinteressenten“, der „Hand-
werkammer“ und des „Verbandes zum Schutze des
deutschen Grundbesitzes und Realkredits“. Als erstes
Ziel dieser Vereinigung ist ins Auge gefaßt worden,
für Groß-Berlin eine gemeinsame Kontroll- und Aus-
sichtsstelle für Bauten mit einer „Zünftehner-
Kommission“ zu errichten, die alle in Betracht kommen-
den Fragen prüfen und sachgemäß Auskunft erteilen
soll. Wie verlautet, sollen die Baupolizeibehörden dem
Plane sympathisch gegenüberstehen und unter Umständen
gewillt sein, vom Votum der Vereinigung eventuell
auch Baugenehmigungen abhängig zu machen.

Sieht man sich nun diese Vereinigung und ihre
Ziele etwas näher an, so wird sich vielleicht mancher
nicht im Unen darüber sein, wie eigentlich der „Ver-
band zum Schutze des deutschen Grundbesitzes und
Realkredits“ dazu kommt, sich so außerordentlich für

den Handwerkerschutz zu interessieren. Nun, ganz ein-
fach: Er hat sich als Verteidiger unseres gegenwärtigen
Bodenrechtes etabliert, welches mit seiner hypothe-
karischen Schuldwirtschaft in erster Linie an unseren
taurigen Bodenverhältnissen von der Wohnungsmissere
bis zum Bauschwandel schuld ist. Wir wollen einen
Eingeweihten reden lassen. Der Gewährsmann des
„Berl. Tageblatt“ sagt im „Zentralmarkt für Grund-
stücks-, Hypotheken- und Geldverkehr“ Nr. 402, es
dürften auch „die Nachteile, die das Gesetz für den
Immobilienmarkt birgt, nicht außer acht gelassen werden.
Zu ihnen gehört in erster Reihe die Unsicherheit des
Hypothekengeldgebers, der infolge des unlimi-
tierten Vorranges der Handwerker-
forderungen in eine so unsichere Position ge-
drängt wird, daß das reguläre Hypothekengeschäft sehr
schweren Beeinträchtigungen ausgesetzt wird“. Das
heißt mit anderen Worten: Zuerst die Hypotheken und
dann der Bauhandwerker, also gerade das direkte
Gegenteil des Gesetzes. Nun sind aber die meisten
Hypotheken, mit denen ein mit Baugeldern vergebenes
Grundstück belastet werden, so hoch bemessen, daß bei
einer Subhastation der Wert des Gebäudes davon
zum großen Teil verschlungen wird. Es geht also
dem „Bauschwandel“ der „Terrainschwandel“ voran.
„Der Realkredit“ verliert natürlich nicht, im Gegenteil,
die zu hoch bewertete Hypothek hat erst jetzt ihren
normalen Wert erreicht, die Handwerker aber können
sehen, wie sie zu ihrem Gelde kommen. — Bekanntlich
bekämpfen in erster Linie die Bodenreformer diese un-
günstigen Verhältnisse, indem sie ein Bodenrecht an-
streben, welches jeden Mißbrauch mit dem jetzt zur
Handelsware degradierten vaterländischen Boden grund-
sätzlich ausschließt. Darum ist es auch verständlich,
daß der „Verband zum Schutze des deutschen Grund-
besitzes und Realkredits“ so furchtbar gegen die bösen
Bodenreformer wettert. Aber der Schutzverband der
Berliner Bauinteressenten und die Handwerkskammer
sollten sich doch ihren Bundesgenossen erst etwas ge-
nauer ansehen.

Doch nun noch ein Wort über das Verhalten des
Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vor-
orten. Seine Besorgnisse mögen vielleicht insofern
einige Berechtigung haben, als das Darniederliegen
des Berliner Baugeschäftes im allgemeinen ihm be-
sorglich läßt, daß die Einführung des zweiten Teiles
des Gesetzes eine noch schlimmere Stagnation der Bau-
tätigkeit mit sich bringen könnte. Darum stellt er sich
am Schluß seines Geschäftsberichtes über das Jahr
1911/1912 auf den Standpunkt, daß eine klare gesetz-
liche Bestimmung erlassen wird, nach der auch gewerbs-
mäßigen Grundstücks- und Baugeld-
und Hypothekvermittlern der Geschäfts-
betrieb untersagt werden kann. Ja, wenn das zu er-
reichen möglich wäre. Bei unserem bestehenden Boden-
recht, welches jede hypothekarische Belastung eines
Grundstückes unabhängig von seinem tatsächlichen
Werte zuläßt, ist es ja ganz unmöglich den großen
Spitzbuben zu fassen. Und von dem Bauschwandel,
der ja eigentlich nichts als ein Strohhalm der Terrain-
gesellschaft ist, ist nichts zu holen. Man kann also den
kleinen Spitzbuben nicht einmal hängen.

Zum Schluß möchte ich noch darauf hinweisen,
daß ein jeder Bauhandwerker sich darauf eingehendste
mit den Lehren der Bodenreform vertraut machen
müßte. Er würde dadurch einsehen lernen, wie not-
wendig in seinem eigensten Interesse eine durchgreifende
Reformation unseres Bodenrechtes ist. Denn bei unserem
gegenwärtigen Bodenrecht ist er es in erster Linie, der
bei jeder Pleite, bei jedem Bauschwandel die Zehne zu
bezahlen hat. Karl Kuhl.

Reichskonferenz liberaler Arbeiter.

In voriger Nummer haben wir die in Leipzig ge-
fakte Entschliekung mitgeteilt, wir wollen heute einiges
dazu bemerken. In Deutschland haben sich große Kreise
des Volkes daran gewöhnt, in der Sozialdemokratie
die politische Vertretung der Arbeiterschaft zu sehen.
Dabei vergißt man, daß der größte Teil der Arbeiter-
schaft nicht sozialdemokratisch ist. Die Veranstalter
der Leipziger Konferenz gingen von dem Gedanken
aus, den liberalen Arbeitern die politische Vertretung
zu erleichtern, indem sie für diese eine besondere Organi-
sation schufen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die
Arbeiter lieber mit ihresgleichen zusammenfinden, wo
man sie ungehindert so geben kann wie man ist. Daß
dieses Bedürfnis allseitig vorhanden ist, bewies die

Leipziger Tagung sehr deutlich, wurde doch eine Debatte über die Notwendigkeit unter allseitiger Zustimmung gänzlich ausgeschlossen. Die allgemeine Forderung, die in den letzten Jahrzehnten betriebene verkehrte Wirtschaftspolitik, wodurch die Arbeiter immer mehr zu den indirekten Steuern herangezogen wurden, haben das Bedürfnis nach politischer Betätigung herbeigeführt. Andererseits ist nicht zu leugnen, daß der Liberalismus in bezug auf Arbeiterkandidaturen bei politischen Wahlen noch sehr zu wünschen übrig läßt. Wenn also die liberalen Arbeiter ihren Einfluß zu stärken und neue Bundesgenossen zu werden suchen, so ist das ihr gutes Recht. Vom Standpunkt des Gewerkschafts aus kann uns die Bewegung nur willkommen sein. Der Gewerkschaft ist parteipolitisch unabhängig, das bedeutet aber nicht für das einzelne Mitglied politische Unfähigkeit. Der Einzelne soll sich politisch betätigen, denn nur dadurch kann er die betretende politische Partei und durch diese die Gesetzgebung im Sinne des Gewerkschafts beeinflussen.

Eine große Schwierigkeit entstand auf der Leipziger Tagung durch die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in Nord- und Süddeutschland. In Süddeutschland arbeiten alle Liberalen zusammen, während in Norddeutschland die fortschrittliche Volkspartei und die nationalliberale Partei nebeneinander gehen und ein festes Bündnis nicht besteht. Dadurch kam es, daß die bayrischen Vertreter für allgemein liberale Arbeitervertreter plädierten, während die Norddeutschen für Anschluß an die fortschrittliche Volkspartei eintraten. Einmütig war man der Meinung, daß ein gemeinsames Arbeiten zwischen Nord und Süd herbeigeführt werden müsse, jedoch würde man in Norddeutschland mit allgemein liberalen Arbeitervereinen kein Verständnis finden, weil die norddeutschen Nationalliberalen aus anderem Holze geschnitten seien, wie die Süddeutschen. Dementsprechend wurde auch beschlossen, das Programm der fortschrittlichen Volkspartei als Mindestprogramm anzuerkennen, aber mit den süddeutschen liberalen Arbeitervereinen in eine Arbeitsgemeinschaft einzutreten. Möge die Leipziger Konferenz der Arbeiterschaft zu einem größeren Erfolge verhelfen.

Das Holzgewerbe im ersten Halbjahr 1912.

Die Holzindustrie ist von der Entwicklung der allgemeinen Konjunkturlage in hohem Grade abhängig. Die Steigerung des Warenhandels, die den Bedarf an Transport- und Verpackungsmitteln erhöht, gibt vielen Fabriken des Holzgewerbes reichlich Beschäftigung. Im laufenden Jahre geht die Belebung des Geschäftsgangs in der genannten Industrie nicht ganz ungehemmt von statten, da die Mattigkeit im Baugewerbe vielerorts einen nicht unerheblichen Anstoß an Aufträgen zur Folge hat. Einen gewissen Ersatz bietet der Aufschwung des Auslandsverkehrs, den die heimische Holzfabrikation im ersten Halbjahr aufweist. Für die ersten sechs Monate dieses Jahres errechnet sich im Vergleich zur entsprechenden Periode des Vorjahres in der Ausfuhr von Holzwaren eine Zunahme um 19,88 Prozent. Im ersten Semester 1911 wurden nämlich 328.283 Doppelzentner, im ersten Halbjahr 1912 insgesamt 393.547 Doppelzentner deutsche Holzfabrikate am Weltmarkt untergebracht. Die Ausfuhrwerte haben sich nicht ganz in dem Grade wie die Quantitäten gesteigert. Immerhin sieht der Export der Berichtperiode mit 32,83 Millionen Mark um 4,15 Millionen Mark über der entsprechenden Summe des Vorjahres. Die Einfuhr von ausländischem Holz pflegt alljährlich in den Sommermonaten ganz erheblich zuzunehmen. Die Zuneinfuhr dieses Jahres erreichte zwar die Importmenge des vorjährigen Parallelmonats nicht ganz, doch war die Zunahme der ausländischen Lieferungen in den Vormonaten sehr stark. Im ersten Semester 1911 wurden insgesamt 22.880.754 Doppelzentner ausländisches Bau- und Nutzholz importiert,

die Einfuhrmenge erhöhte sich im abgelaufenen Halbjahr auf 23.330.914 Doppelzentner. Dem entspricht eine Wertsteigerung von 117,26 auf 123,67 Millionen Mark. Am stärksten hat die Zufuhr von Eichenholz zugenommen, die sich auf 1,12 Millionen Doppelzentner in den ersten sechs Monaten 1911, und auf 1,28 Millionen Doppelzentner in der nämlichen Periode von 1912 stellte. Nadelholz brachte das Ausland im Vorjahre 18,38 Millionen Doppelzentner, heuer 18,35 Millionen Doppelzentner an den deutschen Markt. Buchenholz konnten die fremden Lieferanten 0,95 Millionen Doppelzentner, d. h. 0,14 Millionen Doppelzentner mehr als im verfloffenen Jahr, in Deutschland unterbringen. Daß die eingangs erwähnten Hemmungen des Inlandsgeschäfts in der Absatzsteigerung der deutschen Holzindustrie am Weltmarkt doch keinen vollen Ausgleich fanden, lehrt der unaufhörliche Kursrückgang fast sämtlicher größeren Aktiengesellschaften des besprochenen Gewerbezweiges im ersten Semester. Die Papiere von 19 der wichtigsten Betriebe mit insgesamt 91,55 Millionen Mark Nominalkapital erlitten von Jahresbeginn bis Ende Juni einen durchschnittlichen Kursverlust von 16,82 Prozent. Ultimo der Monate Dezember bis Juni wurden nämlich für die genannten Unternehmungen folgende Durchschnittskurse berechnet.

Ultimo Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
1910	11	195,68	192,65	199,99	200,55	200,13
1911	12	203,22	197,21	191,87	192,26	190,77
						189,36
						186,40

Die Besitzer der Aktien haben durch den Kursfall seit Jahresbeginn einen Gesamtverlust von 14,94 Millionen Mark erlitten. Die verhältnismäßig gute Durchschnittsdividende des Jahres 1910 konnte im letzten Geschäftsjahre von den Aktiengesellschaften der Holzindustrie gehalten werden. Im ersten Halbjahr 1912 veröffentlichten 41 Aktienbetriebe mit dem Vorjahr vergleichbare Bilanzen für das verfloffene Rechnungsjahr. Das gesamte Nominalkapital dieser Unternehmungen wuchs von 1910 zu 1911 von 62,53 auf 63,61 Millionen Mark. Die Dividendensumme erhöhte sich gleichzeitig von 5,43 auf 5,53 Millionen Mark. Gemessen am vermehrten Aktienkapital blieb die Quote der Gewinnbeteiligung mithin auf 8,7 v. H. Daß man in den Kreisen der Holzindustrie in naher Zukunft auf stärkere Fortschritte rechnet, bezeugt die rege Unternehmungslust im Berichtsemester. In den Monaten Januar bis Juni der letzten Jahre wurden in Unternehmungen des Holzgewerbes folgende Summen in Millionen Mark kapitalisiert:

Januar-Juni	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Reinvestitionen	14,48	9,53	6,70	6,69	7,57	14,82

Selbst die sehr hohen Aufwendungen des Hochkonjunkturjahres 1907 sind von den Reinvestitionen des laufenden Jahres überholt worden. „Konjunktur.“

Wilhelm Angeloh und der Holzarbeiterstreik in Bremerhaven.

Wir waren genötigt, in unserer Nr. 32 einen Schwinkel der „Holzarbeiterzeitung“ zurückzuweisen, wonach wir in Bremerhaven Kollegen geküßelt haben sollten, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen. Wir haben der roten Lügentalie gleich auf die Finger geklopft und nun hält sie sich in tiefes Schweigen. Unsere Bemerkung in der betreffenden Notiz, „daß die Genossen bei diesem Streik jedenfalls wieder Dummeheiten gemacht hätten und diese durch Verleumdung anderer zu vertuschen suchen“, bewahrheitet sich wie nachstehend ersichtlich ist.

Wilhelm Angeloh, der lange Jahre Vorsitzender der Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes war, ist wegen diesem Streik aus dem Holzarbeiterverband ausgetreten, nachdem er schon vorher arbeitswillig geworden. Nachdem er dieserhalb in einem Versammlungsbericht des Holzarbeiterverbandes angegriffen

wurde, erwidert er in einem Eingekauft in derselben Zeitung, der sozialdemokratischen „Norddeutschen Volksstimme“ in Bremerhaven und sagt:

„Frei und offen erkläre ich (was ich immer getan habe), daß ich schon vor 10 Jahren für die 9/2-tägige Arbeitszeit eingetreten bin und viele Verbesserungen für meine Kollegen geschaffen habe, aber immer zu einer Zeit, wo ich es vor mir selbst verantworten konnte. Aber jetzt einen Streik zu beschließen, wo die Konjunktur eben anfängt, sich zu heben, ist mehr als frivol. Am 6. Juni 1912 hat die Bremerhavener Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes einen Streik beschlossen, der jeglicher berechtigten Grundlage entbehrt. Von den über hundert Meistern hatten nur eben ein Duzend nennenswerte Arbeit. Alle übrigen waren froh, ihre Gesellen auf so billige Art losgeworden zu sein.“

Mit dem Beschluß vom 5. Juni 1912 wird keinem Tischlergesellen irgend welche Besserung gebracht, sondern viele Existenzen sind berechtigungslos vernichtet. Die erste Vorbedingung zu einem Streik muß vor allen Dingen auf eine einigermaßen günstige Konjunktur gestützt sein. Diese geht uns hier aber vollständig ab. Dagegen hat noch ein großer Teil Tischlergesellen unter den Nachwehen der Geschäftskrise zu leiden. Nun sollen wir bis ins unendliche streiken, nur um des Streiks willen? Ich war immer für einen freischroten Kampf im rechten Augenblick. Aber diesen Streik, den ich als Verbrecher an meinen Arbeitskollegen halte, kann ich nicht mitmachen. Deshalb habe ich nunmehr am 1. August d. S. meinen Austritt aus dem Holzarbeiterverband erklärt.

Auf den letzten Satz in dem Bericht einzugehen, wäre dem Schreiber desselben zu viel Ehre angehen, wozu ich gar keine Veranlassung habe. Nur das bemerke ich, daß die große Erregung an mir vorübergegangen ist. Wilhelm Angeloh.“

So also sehen die Dinge bei dem Streik der Holzarbeiter in Bremerhaven. Sehe und Seestemünde aus. Um nun zu veranschaulichen, wie der Holzarbeiterverband bei diesem Streik operiert hat und nicht sagen zu müssen, daß der langjährige Führer des sozialdemokratischen Verbandes selbst dieserhalb arbeitswilliger wurde — Angeloh hat nämlich bei Beginn des Streiks die Arbeit ebenfalls niedergelegt — geht man in der „Holzarbeiterzeitung“ dazu über, andere Organisationen herunterzureißen und zu verdächtigen.

Selbstfalls ist ein solches Verhalten das gemeinste, das sich denken läßt, wenn jemand wider besseres Wissen in der Öffentlichkeit das Ansehen seiner Nebenmenschen zu untergraben versucht. Diese Ehrabschneider treiben seit langem ihr gemeingefährliches Gewerbe und sie dürfen sich gar nicht wundern, wenn mit der Zeit gesetzliche Maßnahmen entstehen, welche die Freiheit der deutschen Arbeiterbewegung schwer beeinträchtigen. Sehen wir die blutigen Ausschreitungen in Maguit, die zum großen Teil auf die bei den freien Gewerkschaften gepflegte Verheerung in Wort und Schrift zurückzuführen ist. Beachten wir nun all die kleineren Vorkommnisse, die das Erziehungsministerium der Genossen hervorgebracht hat. Erst kürzlich mußten wir aus Stolp über einen Vorfall berichten, der eine schwere Schädigung unseres Kollegen bedeutete, indem die Verhandler in dieournierte Arbeit desselben kleine Stifte klopften, desgleichen in die Sohle des Schuhbells. Ein gleich vandalisches Stück wird aus Hamburg gemeldet, siehe an anderer Stelle dieser Nummer, wo die Kleidungsstücke unseres Kollegen unbrauchbar gemacht wurden.

Solche Dinge will die sozialdemokratische Presse immer nicht wahr haben. Auf der anderen Seite dagegen wird in unverantwortlicher Weise gegen jeden, der einer anderen Anschauung huldigt, gelästert. Wenn irgendwo ein Kollege, der einer anderen Organisation

Die Deutschen Gewerkschaften (Kirch-Dunder) im Strom des öffentlichen Lebens.

X.

Die Laune der Gewerkschaftsbewegung und das Entstehen der „christlichen“ Gewerkschaften.

(Fortsetzung.)

Was ist denn das Wesen der Zweck dieser christlichen Gewerkschaften, wenn man von der rein gewerkschaftlichen Seite absteht? Man erreicht werden soll durch diese im tiefsten Grunde nur, daß das katholische Zentrum in Deutschland in seiner bisherigen Stärke und Position erhalten und daß neben dieses — aber ohne es zu ersetzen zu gefährden — ein sogenanntes evangelisches Zentrum die evangelische Erthoderie, gestützt von konservativen und christlich-katholischen in unserm Vaterland großgezogen wird. Ich kann mir nicht denken, was diese Behauptung entkräften könnte. Gewiß, ich weiß, daß die Anhänger dieser Bewegung solche Absichten haben, und es liegt mir fern, es ihnen zu unterstellen, aber das beweist gar nichts gegen vorstehendes. Ich habe früher schon erwähnt, daß ich die Förderer der christlichen Gewerkschaften in drei Klassen unterteile, nämlich:

1. Diejenigen, die bemüht, in offener oder verhöhlter Norm, gemeinsamen Zweck verfolgen;
 2. Diejenigen, die glauben, daß durch Eintritt der evangelischen Mitarbeiter in die katholischen Gewerkschaften innerhalb der christlichen Gewerkschaften ein gewisser Fortschritt zu erreichen sei;
 3. Diejenigen, die als fromme Christen durch den Namen „christliche“ Gewerkschaften sich über den meisten Charakter derselben täuschen lassen.
- Die ersten beiden Klassen sind nicht nur zu sagen. Sicher würde mancher der dritten Klasse angehören, wenn er nicht sich um die Vergütung in der Arbeiterbewegung kümmerte. Dann würde mancher mehr Rücksicht gebrauchen. Die dritte Klasse hat von Drogen keine Hoffnungen auf Land. Ich es nicht eine Zeit,

in der man eine gleiche Neutralisierung durch derartige Mittel bei den freien Gewerkschaften erhoffte? Hat nicht selbst Naumann eine ähnliche Hoffnung gehabt? Daß sie vergebens blieben und bleiben werden, zeigen die Tatsachen selbst.

Das was über die erste Gruppe der Förderer christlicher Gewerkschaften gesagt wurde, kann nicht erschüttert werden durch den Hinweis, daß doch auch evangelische Sekretäre im Dienste der christlichen Gewerkschaften stehen. Gerade im Gegenteil, denn diese sind ja meist nichts anders, als die Werbeavouit für den genannten zweiten Zweck der christlichen Gewerkschaften, und sollte irgendwo ein anderer als weißer Rabe darunter sein, so ist das nichts mehr als ein Beweis besonderer Taktik. Dem katholischen Zentrum kann ein solches Vorgehen nicht schaden, sondern nur nützen. Es weiß schon die Leitung der christlichen Gewerkschaften und ihre Presse zu beeinflussen, so daß es ihm nur erwünscht sein kann, wenn unter dem Schein der Neutralität auch andere Arbeiter in die christlichen Gewerkschaften eintreten. Es sieht dem parteipolitischen Vorgehen des evangelischen Flügels ruhig zu, weil dieses ihm nur Gewinn bringt. Es wird schon früh genug rufen: Bis hierher und nicht weiter! So in Deutschland gibt es einen Beweis dafür, daß über die genannte Grenze hinaus das katholische Zentrum den evangelischen Teil der christlichen Gewerkschaften hätten ihre Pläne weiter verfolgen lassen? Wenn die letzte Wahlbewegung das Dunkel des Weisens mehr erhellte, so konnte dies zur Klärung der Sachlage nur dienen.

Daß es im Laufe der Zeit den christlichen Gewerkschaften möglich war, die Bewegung der Kirch-Dunderischen Gewerkschaften zu überflügeln, ist nicht verwunderlich. Wer weiß, welche Hilfskräfte den christlichen Gewerkschaften durch den Mierus, durch die Parteiorganisationen des Zentrums, den Volksverein für das katholische Deutschland, die christlich-sozialen und konservativen Verbänden zur Verfügung stehen, könnte sich eher wundern, daß eine solche Bewegung nicht noch weiter gekommen ist. Gesellenvereine und konfessionelle Vereine, Gesellenhäuser und Herbergen — alles was schon da; man brauchte sie nur in den Dienst der christlichen Gewerkschaften zu stellen.

angehört, eine kleine Unterlassungshünde begeht, dann wird der Fall in der soz. Presse aufgebauscht, und ganze Hübel voll Schmutz werden über Andersorganisierte geschüttet. Im Bremerhaven glaubte man nach der alten Methode handeln und unseren Gewerksverein beschimpfen zu können. Die Herren Genossen mögen sich jedoch ein für alle mal gesagt sein lassen, daß wir es endlich satt haben, den Brellbock für all die Schandtaten, die sie begehen, zu machen, und in Zukunft die Öffentlichkeit mehr wie bisher in Anspruch nehmen werden. Der Fall Angeloh beweist aber auch weiter, welche Korruption sich im deutschen Holzarbeiterverband breit macht.

Ein ernstes Wort zur Agitation in den Ortsvereinen.

(Fortsetzung.)

Wie sollen nun die Ausschüsse die Versammlungen interessant gestalten, wenn kein besonderer Referent zur Stelle ist? Diese Frage wird sich manches Vorstandsmitglied beim Lesen dieser Zeilen stellen und manchem erscheint die Sache schwieriger, als sie in Wirklichkeit ist. Ein kleiner Fingerzeig, den ich schon vor Jahren einmal in einem Artikel gegeben habe, muß ich wiederum mit einigen Ergänzungen den Vorstandsmitgliedern geben.

Ich nehme ohne weiteres an, daß alle Vorstandsmitglieder ihr Vereinsorgan wie auch den Gewerksverein und die Provinzpresse eifrig lesen. Diese Zeitungen bringen in den 4 Wochen, die jedesmal zwischen den Vereinsversammlungen liegen, sehr viel wichtiges auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung, wie auch in sozialpolitischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht. Das Wichtigste daraus streicht man sich mittels Blaustift an und in der vor der Monatsversammlung stattfindenden Sitzung bringt man es zur Sprache, wo dann ein Kollege es übernimmt oder bestimmt wird, in der Versammlung darüber zu referieren. Es bedarf dazu nicht immer eines stundenlangen Vortrages, es genügen oft 5 bis 10 minutenlange klare und deutliche Ausführungen, um genügend Anregung zu einer erspriechlichen Diskussion zu geben. Wo es die Ausschußmitglieder verstehen, nach dieser Richtung in den Versammlungen zu wirken, da wird jede unnötige persönliche Auseinandersetzung (die leider an manchen Orten zum Lieblings-sport einzelner Kollegen gehört) vermieden und somit der Versammlungsbesuch gefördert. Also das Wichtigste für gute Ortsvereinsversammlungen ist, eine planmäßige Vorbereitung durch die Vorstandsmitglieder.

Nun gebe ich ohne weiteres zu, daß auch bei den interessantesten Versammlungen immer noch ein Teil der Mitglieder fehlen werden, da aber auch diese über die Vorkommnisse im Gewerksvereinsleben, wie in der Arbeiterbewegung unterrichtet werden müssen, so bedarf es bei diesen wieder anderer Mittel, um sie der Organisation zu erhalten, und damit meine ich unseren Vertrauensmännerrapparat, der auch leider in manchen Ortsvereinen nicht genügend gewürdigt wird. In jedem Betrieb und wenn eben möglich in jeder Abteilung muß ein Vertrauensmann vorhanden sein. Derselbe muß im Besitz einer Mitgliederliste der in seinem Betrieb oder Abteilung arbeitenden Gewerksvereinskollegen sein. Wo sich dann eine Saumlässigkeit seitens der Mitglieder in bezug auf die Gewerksvereins-tätigkeit bemerkbar macht, da müssen dieselben durch den Vertrauensmann auf ihre Pflichten der Organisation gegenüber aufmerksam gemacht werden, welches sich am besten bewerkstelligen läßt durch Abhaltung von Besprechungen der Mitglieder betriebsweise, woran dann der Ausschuß und wenn möglich auch der Beamte teilnimmt. Dieses Mittel, planmäßig angewandt, lohnt sich überall, da auf diese Weise auch diejenigen Kollegen für unsere Sache zur Mitarbeit gewonnen werden, die in den Ortsvereinsversammlungen wenig oder gar nicht erscheinen. Bei dem Vertrauensmännersystem ist noch folgendes von großer Wichtigkeit. Wenn eben möglich muß jeden Monat eine Sitzung mit den Vertrauensleuten abgehalten werden, in denen dann der Vorstand über wichtige Ortsvereinsangelegenheiten, Verhältnisse und die notwendigen agitatorischen Maßnahmen, mit denselben Rücksprache nimmt; auch müssen in diesen Sitzungen anfließende Referate gehalten werden, um so den Kollegen die notwendige Aufklärung auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung zu geben. Ueberall dort, wo Vorstand und Vertrauensleute nach dieser Richtung hin gemeinsam arbeiten, da ist auch eine erspriechliche Gewerksvereinsarbeit vorhanden. Genau so wichtig wie das Vertrauensmännersystem ist auch das Hauskassierersystem, wodurch den Mitgliedern das Zahlen der Beiträge erleichtert wird. Der Standpunkt, Beiträge nur in den Versammlungen entgegenzunehmen, ist längst überlebt, zumal heute ganz andere Beitragsätze in Frage kommen, wie vor 10 bis 15 Jahren und daher die Zahlung von 4 bis 5 Wochen auf einmal den meisten Arbeiterfamilien heute schwer fällt.

Das bisher Gesagte ist eine unbedingt notwendige Vorbedingung für alle Ortsvereine, die ohne diese Einrichtungen an eine erfolgreiche Agitation nicht gedacht werden kann. Ueberall dort, wo diese Einrichtungen fehlen, muß dieses baldmöglichst nachgeholt werden, und es wird dann in manchem Ortsverein ein ganz anderes Leben eintreten, als es bisher der Fall war, und es wird dann auch erst der Zeitpunkt kommen, wo man planmäßig und mit Erfolg an die Agitation d. h. an die Gewinnung der uns noch Fernstehenden herantreten kann.

Ich komme nunmehr zur eigentlichen Agitation und da gibt es ebenfalls eine Menge Wege, von denen aber mancher schon so stark abgegraben ist, daß man

damit kaum noch nennenswerte Erfolge erzielen kann. Öffentlich, wie auch Werkstattversammlungen sind zur Agitation heute an manchen Orten wenig geeignet, damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß diese überflüssig sind, im Gegenteil, dort wo reges Gewerksvereinsleben herrscht, sind öffentliche Versammlungen, die zu öffentlich interessierenden Fragen Stellung nehmen, sehr wohl angebracht, wenn sie gut und planmäßig arrangiert werden. Wo öffentliche Versammlungen abgehalten werden, müssen in erster Linie familiäre Mitglieder zur Stelle sein und außer der öffentlichen Propaganda, wie Zettelverteilen, Inserieren usw. müssen die Mitglieder, Freunde und Bekannte durch mündliche Agitation zum Besuch dieser Versammlungen veranlassen. Fast genau dasselbe ist auch von Werkstattversammlungen zu sagen. Auch hierbei genügt das Zettelverteilen am Fabrikator allein nicht, sondern die Gewerksvereinskollegen im Betriebe müssen am Tage vor der Versammlung die notwendige Kleinarbeit machen, d. h. ihre Nebenarbeiter zum Besuch dieser Versammlungen anspornen. Leider haben wir in den letzten Jahren die Erfahrung machen müssen, daß von Seiten unserer Gegner — namentlich von den sogenannten Freien? — gegen die von den Gewerksvereinen einberufenen Versammlungen, Gegenagitation getrieben wird und zwar nicht nur bei den eigenen Mitgliedern, nein auch die Unorganisierten versucht man systematisch von unseren Versammlungen abzuhalten.

(Schluß folgt.)

Selbentaten der Genossen.

Wenn die Holzarbeiterverbändler sich des „Ruhmes“ erfreuen, großes geleistet zu haben in Terrorismus gegen andersorganisierte Arbeiter, so sei hierin ein Fall erwähnt, der uns das von neuem bestätigt.

Ein im Werkstoffbetrieb der Hamburg-Amerika-Linie zu Hamburg beschäftigter Gewerksvereinskollege wurde wegen seiner Zugehörigkeit zum Gewerksverein der Holzarbeiter auf jede Weise, wie sie den Genossen nur eigen ist, schikaniert. Unermüdlich belästigte man diesen Kollegen mit Ueberredungsversuchen zum Uebertritt in den Holzarbeiterverband. Als dieses alles nichts nützte und unser Kollege auf Grund der vorteilhaften Einrichtungen, die ihm der Gewerksverein der Holzarbeiter bietet, die bestimmte Erklärung abgab, unter keinen Umständen zum Verband überzutreten, versuchte man es mit Radikalmitteln. Der Obergenosse Ehrenthal glaubte sogar berechtigt zu sein, angeblich als Werkstoff-Delegierter des Holzarbeiterverbandes auch die Kontrolle der Mitgliedsbücher der Gewerksvereinskollegen mit zu übernehmen, was ihm allerdings abgelehnt wurde. Während einer kurzen Abwesenheit unseres Kollegen von seinem Arbeitsplatz wurde ihm das Schloß von seinem Werkzeugkasten gestohlen. Die Verhältnisse im Betriebe bringen es mit sich, daß mehrere Arbeiter gemeinsam einen Schrank zur Verfügung haben, um ihre Kleider unterzubringen. Dieses benutzten die Genossen nun, um an die Sachen unseres Kollegen zu kommen, und um allem dagewesenen die Krone aufzusetzen, beschmierten diese Helben dessen Wäsche und Kleidungsstücke mit den verschiedensten Farben, wodurch diese vollständig unbrauchbar geworden sind. Auch hierdurch ließ sich unser Gewerksvereinskollege nicht aus dem Betriebe eksen. Nun wußte man kein anderes Mittel, als dem Meister zu erklären, nicht weiter mit dem Gewerksvereiner zusammenarbeiten zu wollen und da die Meister, wie in vielen Fällen so auch hier, Anhänger der Genossen sind, dauerte es auch nicht mehr lange bis unser Kollege seine Entlassung erhielt mit dem Bemerkten: Die anderen Kollegen wollten nicht weiter mit ihm zusammenarbeiten, und er könne dagegen auch nichts machen. Nun war diesen feigen Buben doch ihr Wunsch erfüllt, und sie können sich rühmen, wieder einen Familienvater arbeitslos gemacht zu haben. Das sind sozialdemokratische Anschauungen, welche wohl nur lediglich auf die dort gepflegte Erziehungsmethode zurückzuführen sind. Jede weiteren Worte erübrigen sich. Die breite Öffentlichkeit wird derartige Schandtaten einzuschätzen wissen.

Fast nach demselben Muster wurde einer unserer Kollegen auf der Schiffswerft von Blohm und Bock behandelt. Dieser Kollege war eine geraume Zeit auf einem Schiffe beschäftigt, wo ihm in der bekannten Weise Anempfehlungen wegen seiner Organisationszugehörigkeit von den Genossen zuteil wurden. Einen Erfolg hatten die Verbändler auch hier nicht zu erwarten. Am 30. Juli bekam unser Gewerksvereinskollege einen Arbeitsplatz in der Werkstätte angewiesen. Diese Gelegenheit benutzten die Genossen, um unserem Kollegen eine würdige Empfangsfeier vorzubereiten. Wie aus vorstehendem Falle ersichtlich, haben diese Herren große Neigung zu Schmierarbeiten und so kam es denn, daß sie zum Empfang unter anderem einen Kopf an die Wand malten, der nach ihrer Auffassung einen Dirschkopf vorstellen sollte. Leider ist diesem Schmierfanten das Unglück widerlaufen, durch einige ungeschickte Pinselstriche dem Kopf die Ähnlichkeit eines Ochsenkopfes zu geben, so daß man wohl mit Recht sagen kann, dieser Dirsche hat sein Ebenbild vortrefflich an die Wand gemalt. Wer will ihm das verwehren? An Kleptomane leiden diese Herren auch, denn am Sonnabend, den 10. August, haben sie unseren Kollegen das Vereinsorgan „Die Eiche“ aus der Kassahe geklemmt. Nun konnten diese Genossen doch „Die Eiche“ von unserem Kollegen nur fordern, der würde sie ihnen sicher ausgehändig haben, und sie brauchen dann nicht noch in den Verdacht kommen, sich fremdes Gut angeeignet zu haben. B.

Rundschau.

Eine Konferenz der Zentralvorstände. In der Zeit vom 14.—18. August d. J. traten die Zentralvorstände der holzgewerblichen Organisationen, unter Einziehung der zentralen Schiedskommission, zwecks Beratung einer allgemeinen Regelung der Arbeitszeit für das deutsche Holzgewerbe zu einer Konferenz zusammen. Die Aussprache über diese äußerst schwierige Materie konnte sich lediglich auf die Erledigung der Vorfragen beschränken.

Ueber die Grundzüge und die Art der weiteren Verhandlungen wurde zwischen den Parteien ein Einverständnis erzielt, jedoch konnten positive Beschlüsse noch nicht gefaßt werden. Die Zentralvorstände wurden beauftragt, das von den einzelnen Organisationen vorgelegte statistische Material einer eingehenden Durchsicht zu unterziehen und zu vergleichen. Die Weiterberathung wurde bis nach Erledigung dieser Vorarbeiten vertagt.

Die Rechnungskunst unserer Tischlermeister hat sich wieder einmal in einem Lichte gezeigt, die mehr wie bedauerlich für das Gewerbe ist. Für das neue Rathaus in Schöneberg waren die Tischlerarbeiten (Fenster) zur Submission ausgeschrieben. Das Ergebnis dieser Submission spottet aller Beschreibung und man wird versucht zu glauben, die unterbietenden Tischlermeister haben das Holz gestohlen, um der Stadt Schöneberg billige Fenster liefern zu können, oder aber sie brauchen ihren Gesellen überhaupt keinen Lohn zu zahlen. Doch sehen wir, wie die Submissionen ausfielen. Für Los 1 verlangte z. B. die Firma Gilowi u. Schuler 38551 Mk., die Firma Wimmer aber nur 7358 Mk., d. h. rund 31000 Mk. weniger. Für das Los 2 forderte die Firma P. J. Lübbe 19181 Mk., und die Firma Wittag in Spremberg 7915 Mk., Differenz rund 11000 Mk. Herasell u. Hübner-Berlin berechneten für Los 3 24790 Mk. und Meyer u. Müller in Spandau nur 11464 Mk., d. h. rund 13300 Mk. weniger. Für Los 4 war die höchste Forderung mit 14176 Mk. von der Firma E. Thom abgegeben gegen 4819 Mk. von Herrn Wimmer. Differenz: 9360 Mk. Eine Differenz von 12800 Mk. ergab Los 5. R. Gläher forderte nämlich 15854 Mk. gegen nur 3027 Mk. der Firma Wittag in Spremberg. Für Los 6 gab die Firma F. Goffow Nachf. ein Gebot von 34977 Mk. ab. Das niedrigste der Firma Wimmer betrug nur 13972 Mk., also 21000 Mk. weniger als das höchste. Für Los 7 forderte die Firma G. Rahner 9007 Mk. und Kiefer Nachfolger 3993 Mk., also weniger 5014 Mk. Das Angebot für alle Lose zusammen betrug bei der Firma Wimmer 51882 Mk., der Firma Hergesell u. Hübner dagegen 125070 Mk., also ein Preisunterschied von mehr als 73000 Mk. Hierzu noch ein Kommentar zu schreiben, hieße das ganze nur abschwächen, denn diese Zahlen sprechen für sich selbst.

Einen ähnlichen Fall wie oben hatte das Stadtbauamt Konstantz zu registrieren. Dort waren 2162 Meter Holzverkleidungsarbeiten zur Vergabung ausgeschrieben, und der Wert der Arbeit mit 6000 Mk. berechnet. Bei der Submission stellte sich heraus, daß das Höchstangebot der Submittenten 4500 Mk. und das Niederstangebot 2000 Mk. betrug. Zwischen der Berechnung des Stadtbauamtes und dem niedersten Angebot liegt also eine Differenz von 200 Prozent. Und das Stadtbauamt, das die Arbeit mit 6000 Mk. berechnete, hat diese an den niederst Offerierenden vergeben. — Es ist wirklich schwer, solchen Sündern gegenüber ruhig zu bleiben und keine Salve zu schreiben.

Den Rekord geschlagen beim Unterbieten der Submissionsangebote für Erdarbeiter beim Umbau des Bahnhofs Hamm hat eine Firma, die ein Unterangebot von 1000 Prozent machte. An der Submission haben sich 29 Firmen beteiligt, wovon das niedrigste Angebot 12000 Mark und das höchste 116000 Mark betrug. Also ein Unterschied von sage und schreibe 104000 Mark. Und da wird immer noch auf die begehlichen Gesellen geschimpft und mehr Handwerkerzuschug gefordert. Es würde sich empfehlen, wenn diese Herren erst einmal ernstlich verzagen würden Kalkulationen zu machen, die der zu liefernden Arbeit entsprechen.

Ein spaßiger Vorfall, der sich in einem kleinen mecklenburgischen Orte ereignete, wird von der „W. Z.“ wie folgt berichtet:

Dort hatte ein mit Kindern reich gesegneter Tagelöhner den Wunsch, für seinen Haushalt eine Kuh anzuschaffen, um seine Familie besser ernähren zu können. Er ließ zu diesem Zweck von einem Geldleiher 150 Mk. Die Kuh wurde angeschafft, aber das Geld konnte der Mann nicht zurückgeben. Folgedessen wurde er verklagt und der Gläubiger ließ die Kuh pfänden. Er mußte jedoch das Pfandobjekt freigeben, da der Schuldner dies zur Ernährung seiner Familie brauchte. Nach Beratung mit dem Gerichtsvollzieher kam der Gläubiger zu dem Entschluß, dem Tagelöhner statt der Kuh eine Frege zur Verfügung zu stellen, damit er dann die Kuh verkaufen lassen könne. — Gedacht — getan! Eines Abends sah der Tagelöhner zu seiner Ueber-raschung in seinem Stalle außer der Kuh noch eine Frege; seine Freude war sehr groß, ebenso derjenige seiner Frau, wenn auch die letztere kopfschüttelnd meinte: „Das hat nichts gutes zu bedeuten.“ Ueber Tagelöhner beruhigte aber seine Frau und meinte: „Das werden wir wohl machen.“ Am andern Tage erschien nun der

Gerichtsvollzieher, um die Kuh zu holen; doch kühnherzig winkte der Tagelöhner ab mit den Worten: „Mein lieber Herr Gerichtsvollzieher, die Kuh können Sie nicht bekommen, denn die Ziege ist nicht mehr da, die haben wir uns gebraut, wir haben lange kein Fleisch gegessen und lassen dem Herrn, der sie uns geschickt hat, auch vielmals danken!“

■ Forstarbeiter. ■

Die Arbeiterlöhne in der preussischen Staatsforstverwaltung. Als nicht gerade mustergültig müssen die Löhne der Forstarbeiter in den preussischen Staatsforsten bezeichnet werden. Zu unterscheiden ist zunächst in Sommer- und Winterlöhnen. Von 1904 bis 1909 stieg durchschnittlich der höchste Sommerlöhntagelohn für Männer von 2,63 auf 3,14 Mark, für Frauen von 1 Mark auf 1,60 Mark, für jugendliche Arbeiter von 0,80 auf 1,61 Mark. Der niedrigste Sommerlöhntagelohn dagegen stieg für Männer von 1,52 auf 1,86 Mark, für Frauen von 0,84 auf 1 Mark, für jugendliche Arbeiter von 0,66 auf 0,80 Mark. Und zwar gelten diese Durchschnittslöhne für eine tägliche Arbeitszeit von 9,9, also von fast 10 Stunden! Im Winter sinkt die Arbeitszeit auf rund 8 Stunden, die Löhne aber sinken noch weit mehr. So entwickelte sich der höchste Lohn in jenen sechs Jahren für Männer von 2,48 auf 2,93 Mark, für Frauen von 1,45 auf 1,65 Mark, der niedrigste durchschnittliche Lohnsatz stieg für Männer von 1,23 auf 1,58 Mark, für Frauen von 0,64 auf 0,85 Mark. Den höchsten Lohn überhaupt zahlte der Bezirk Köln mit 3,14 Mark den Männern im Sommer, den niedrigsten der Bezirk Breslau mit 0,85 Mark den Frauen im Winter. Den höchsten Satz für Stücklöhne pro Tag wies der Regierungsbezirk Arnberg mit 3,73 Mark auf, den niedrigsten mit 1,91 der Bezirk Posen.

Die Rückständigkeit dieser Entlohnung wird man um deswillen besonders bedauern müssen, weil der Staat die fittliche Pflicht hat, dem privaten Arbeitgeber mit gutem Beispiel voranzugehen. Wie weit er sie erfüllt, zeigen die Zahlen, die, wenn sie vorbildlich für die Privatindustrie sein sollen, man wohl als „Kuster ohne Peri“ bezeichnen kann. Dabei aber zeterne unsere Agrarier fortgerückt darüber, daß der Staat ihnen mit diesen Lohnsätzen die Preise für ihre eigenen Arbeiter verbirbt.

Aus den Ortsvereinen.

Selsenkirchen. Am Sonntag, den 1. September, nachmittags 5 Uhr, hält der Ortsverband seine Quartalsversammlung ab im Lokale des Herrn E. Simon, Alter Markt. Die Kollegen werden dringend ersucht, an der Versammlung teilzunehmen, da in derselben ein wichtiger Vortrag über die Reichsversicherungsordnung gehalten wird. Ebenfalls werden die Ortsvereinsvorstände ersucht, ihre Mitglieder auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Schwelm. Die Interesslosigkeit der hiesigen Kollegen veranlaßt uns, wieder einmal die Spalten unseres Organs in Anspruch zu nehmen. Obwohl hier noch lange nicht alles in unserem Gewerbe rosig aussieht, legen doch die Kollegen eine Gleichgültigkeit an den Tag, die alle Grenzen überschreitet. Die Betriebsversammlungen sind schlecht besucht. Befragt man die Kollegen, warum sie nicht erscheinen, dann werden allerlei Ausreden benützt, die nicht immer als sich-

haltig betrachtet werden können. Eine besonders beliebte Ausrede ist, warum soll ich nach der Versammlung kommen, es ist doch immer daselbe. Diese Bemerkung ist jedoch nicht ganz richtig, denn der Vorstand bemüht sich, möglichst aktuelle Punkte auf die Tagesordnung zu setzen um das Interesse der Mitglieder zu wecken, leider vielfach vergebens. Was vor allem not ist, das ist, daß die Kollegen den Vorstand mehr wie bisher unterstützen. Wir dürfen in der Agitation nichts unversucht lassen, sind doch unsere Einrichtungen im Gewerkeverein mustergültige, welche von keiner anderen Organisation übertroffen werden. Daselbe trifft bei unserer Krankenzuschlagsklasse zu, wo wir bei einem Beitrag von 10, 21, 33, 45 und 57 Pfg. ein Krankengeld pro Woche von 3,00, 4,80, 7,50, 12,90 Mark und dazu ein Sterbegeld von 20—95 Mk. erhalten. In unserer Begräbniskasse, in der auch Frauen und Töchter aufgenommen werden können, erhält man schon nach einer Mitgliedschaft von 13 Wochen, bei Bezahlung eines Beitrages von 5, 8 oder 10 Pfg. ein Begräbnisgeld von 90, 144 und 180 Mark. Ihr seht also, Kollegen, daß wir unsere Mitarbeiter aufklären müssen und selbst jederzeit durch Besuch der Versammlungen, fleißiges Lesen der „Eiche“ mit dazu beitragen nicht nur selbst Vorteile für uns zu schöpfen, sondern auch das Material bekommen, um Aufklärung in unseren Kreisen verbreiten zu können. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, unsere nächste Versammlung, die am 31. August stattfindet, zu einer vollzähligen zu gestalten und so einen neuen Ansporn für Mitglieder und Vorstand gibt. F. A. G. K.

Striegan. Herr Schnabel, der Kartellvorstand der christlichen Gewerkschaften hier, behauptete, daß bei Scharfe keine christlichen Streikbrecher beschäftigt sind. Wir stellen hier fest, daß die drei von uns bezeichneten christlich organisierten der Berliner Richtung angehören. Jedenfalls kann Herr Schnabel doch nicht behaupten, daß das keine Christen sind. Im übrigen möchten wir Herrn Schnabel noch auf das Verhalten der „Christen“ bei dem Streit in der hiesigen Bürstenindustrie im vorigen Jahre aufmerksam machen. Die Erfahrungen, die wir da gemacht haben, waren so, daß durch ihr Verhalten der Streit erfolglos endete und jedenfalls nicht zu Gunsten der Christen ausgelegt werden kann.

Tarifveränderungen

treten ein in:

Barmen. Am 1. November 1 Pf. Lohnerhöhung. Der Durchschnittslohn beträgt 55 Pf.

Bütow. Am 1. Oktober erfolgt auf die bestehenden Stundenlöhne ein Zuschlag von 2 Pf. Die Akkordpreise erfahren eine Erhöhung von 5%. Der Mindestlohn beträgt von demselben Tage ab 40 Pf. pro Stunde.

Cöln. Am 1. November erfolgt 1 Pf. Lohnerhöhung. Der Durchschnittslohn steigt auf 60 Pf. Vom 11. November ab beträgt die Arbeitszeit 53 Stunden.

Danzig (Möbelfabrik Hanja). Vom 1. Oktober ab beträgt die Arbeitszeit 55 Stunden. An demselben Tage tritt eine Lohnerhöhung von 2 Pf. ein. Der Durchschnittslohn beträgt 51 Pf.

Düsseldorf. Am 10. November erfolgt eine Lohnerhöhung von 1 Pf. die Stunde. Die Arbeitszeit wird an demselben Tage für Düsseldorf von 54 auf 53 Stunden verkürzt. In den eingemeindeten Vororten wird am 1. Dezember die Arbeitszeit auf 54 Stunden festgesetzt. Der Durch-

schnittslohn ist für Bankflehner 58 Pf., für Maschinenschreiner 60 Pf. Die Lohnerhöhung findet bei Akkordarbeit sinngemäße Anwendung.

Duisburg. Die Arbeitszeit wird am 1. Oktober von 57 auf 56 Stunden verkürzt, außerdem erfolgt auf die bestehenden Löhne ein Zuschlag von 1 Pf. Der Durchschnittslohn steigt für Schreiner und Drechsler auf 56 Pf., für Maschinenschreiner auf 59 Pf.

Essen-Kray (Möbelfabrik Heymann). Am 1. Oktober hat eine Lohnerhöhung von 1 Pf. zu erfolgen.

Fürth (Zelluloidbranche). Am 1. September wird die Arbeitszeit um 1 Stunde von 56 auf 55 Stunden verkürzt. Gleichzeitig erfolgt eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde und ein Akkordzuschlag von 4%. Der Mindestlohn steigt auf 44 Pf.

Greifswald. Am 1. Oktober tritt eine Lohnerhöhung von 1 Pf. ein. Der Mindestlohn beträgt 35 Pf.

Jena. Am 1. Oktober wird die Arbeitszeit um 1 Stunde von 56 auf 55 Stunden verkürzt. Die Stundenlöhne erfahren an demselben Tage eine Erhöhung von 1 Pf. Die Mindestlöhne steigen auf 41 bzw. 44 Pf.

Nürnberg. Am 1. Oktober wird die Arbeitszeit um 1 Stunde und zwar von 53 auf 52 Stunden verkürzt.

Prießnitz. Am 1. Oktober erfolgt eine Lohnerhöhung von 5% auf die gegenwärtig gezahlten Stunden- und Akkordlöhne.

Stettin. Die Arbeitszeit wird am 1. Oktober um 1 Stunde von 55 auf 54 Stunden verkürzt. Gleichzeitig erfolgt eine Lohnerhöhung von 1 Pf.

Wir fordern unsere Kollegen auf, überall für die Einhaltung und Durchführung dieser Bestimmungen Sorge zu tragen.

Lohnbewegung.

Zugung ist fernzuhalten nach Braunsberg (Ostpr.), Stolp (Firma Bloch) für Bau- und Möbeltischler sowie Maschinenarbeiter.

Briefkasten der Redaktion.

H., Wismar. Besten Gruß und Dank für die Zusendung der Notizen.

Nach Benthien. Nächste Nummer.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 24. August 1912: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 5—7 Uhr, Koppenstr. 65, Bohlend. Bezirk Steglitz. Abds. 8¹/₂ Uhr, im Wiesen-Schlößchen, Schloßstr. 66, Bezirksversammlung. Bezirk Nord und Bauischler, Fabrik- und Modelltischler und Gewerkevereins-Liedertafel. Gemeinsame Monatsfahrradt mit Musik nach Prinzengarten. Abfahrt mit dem Dampf abds. präzis 9 Uhr am Restaur. Schultzeiß, Zannowitzbrücke (Neederei Kolbing). Karten hierzu sind noch bei den Vorstandsmitgliedern der bezeichneten Bezirke und im Bureau, Greifswalder Straße, zu haben.

Sonnabend, den 31. August 1912: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8¹/₂ Uhr, bei Reich, Petersburger Straße 55, Bohlend. Bezirk Nord und Bauischler. Abds. 8¹/₂ Uhr, b. Mattausch, Brunnenstr. 143, Bezirksversammlung. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8¹/₂ Uhr, b. Marjahn, Goethestr. 59, Bezirksversammlung.

Sonntag, den 1. September 1912: Modell- und Fabrikischer. Vorm. 10 Uhr, b. Schröder, Stettiner Straße 50, Branchenversammlung.

Regte Beteiligung an allen Versammlungen erwartet
Die Verwaltung.

Anzeigen.

Für den Inhalt dieser die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Neufölln.

Sonnabend, den 31. August 1912.
b. Mitter, Hermannstr. 199.
Versammlung.
Schließliches Ersuchen ermann
Der Anzeiger.

**Der Arbeitsnachweis
des süddeutschen Bezirks**

Nr. 26
Herrn D., Reichardtstr. 14.

Das Buch für die Ortsvereine
müssen dringend ersuchen. Diese
Gelder der arbeitslosen Kollegen
sind nur für zu werden. Die
Gelder die Arbeiter von
verschiedenen Organisationen der Orts-
vereine übernehmen die Ent-
lohnung der arbeitslosen Kollegen.

Die Geschäftsleitung,
D. E. Gerhardt.

**Der Arbeitsnachweis
des Breslauer Bezirks**

Am 30. September, Sonntag 11.
- Am 30. September, Sonntag 11.
- Am 30. September, Sonntag 11.
- Am 30. September, Sonntag 11.

Im Buchverlag der „Eiche“ erscheint im Oktober 1912 das

Taschenbuch

für die Deutschen Gewerksvereine

1913

Herausgegeben
von dem Vorstand des Ortsvereins „Eiche“ Karl Goldschmidt
vom Verband der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker)

Inhalt:
Kalenderart. Aufsätze hervorragender Mitarbeiter, Notizblätter.
Im Umfange 112 Seiten im Umschlag.
Gutes Papier, vornehmer Druck, beste Ausstattung.

Das Buch kostet für die Herstellung dieses Taschenbuches
einen Betrag von 15 Pf. pro Stück. Für die ganze Sachverhalt, also
für 1000 Stück, ist ein Betrag von 1500 Pf. erforderlich. Das Geld
wird durch die Mitgliedschaft der Ortsvereine gesammelt und das
Porto für die Zusendung der Taschenbücher übernommen. Dieses
Geld wird dem Ortsverein der Ortsvereine (Hirsch-Duncker) für
den Druck und die Herstellung der Taschenbücher zur Verfügung
gestellt. Der Betrag von 15 Pf. ist also der Betrag, den die Ortsvereine
für die Herstellung der Taschenbücher zu zahlen haben.

Bestellungen mit Einsendung des Betrages sind schon jetzt zu
machen, damit die Aufträge rechtzeitig festgestellt werden können.

Der geschäftsführende Ausschuss
des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (H.-D.)

6 bis 8 Tischler

auf Wagonbau, 30—40 Jahre alt,
gesucht. Näheres unter Angabe der
Buchnummer bei P. Brejuna,
Ammendorf b. Halle, Friedenstr. 5 c.

Hachen (Ortsverband). Durch-
reisende Kollegen erhalten 1,25 M.
Reiseunterstützung auf dem Arbeiter-
sekretariat Hachen, Adalbertstr. ein-
weg 71.

**Die besten Glückwünsche
unserem werden Kollegen
Lauter nebst Frau zu ihrer
am 23. August stattfindenden
Silberhochzeit**

ruft zu
Der Ortsverein der Holzarbeiter
Warmbrunn.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg

Erstklassige technische und kunstgewerbliche Lehranstalt mit Handels-
kursen. — Größte und anerkannt beste Privatschule der Branche. — Progr. u.
Praxis umsonst.
Im 8. Schuljahr erhielten 69 Schüler Stellung.

Französisch Englisch Italienisch

Übt oder lernt man rasch und gründlich,
wenn Vorkenntnisse schon vorhanden, mit
Beihilfe einer französischen, englischen
oder italienischen Zeitung. Dazu eignen
sich ganz besonders die vorzüglich redigierten
u. bestempfelnden zweisprachigen
Lehr- und Unterhaltungsblätter

Le Traducteur
The Translator
Il Traduttore

Probekosten für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den
Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).